

# Die nächste Universitäts-Reform kommt bestimmt

*Heinz Steinert*

Die Universität hat mit dem Gefängnis gemeinsam, dass die Reform in ihr kein krisenhafter Ausnahmezustand ist: Sie gehört vielmehr zu ihrem normalen Funktionieren. In den etwa 30 Jahren, die ich in diesem Geschäft verbracht habe, ist die aktuelle, je nachdem, wie man zählt, die dritte oder vierte Studienordnung, an der ich mitgeschrieben habe. Dauer der Reform jeweils etwa drei Jahre, Aufregung darum enorm, Ergebnis ambivalent. So viel radikaler als etwa die seinerzeitige Einführung des Diploms Politikwissenschaft oder die Wieder-Einführung des Magister Soziologie ist, trotz der rabiaten Rhetorik, die derzeitige Einführung von BA/MA auch wieder nicht. Eher ist sie ein kleiner Schritt, in dem widerwillig die gegebene Praxis in die neue Form und Rhetorik übersetzt wurde. Auch die nächste Reform kommt also bestimmt. Unsere Aufgabe ist es, klug darauf zu achten, dass die Schäden für die Wissenschaft in den kurzen Zeiten zwischen den Reformen möglichst gering bleiben und reversibel sind.

Eine wissenschaftsferne Reform aus dem Geist der  
Verwaltung und der politischen Schaumschlägerei

Wer sich an die Anfänge der jetzigen »Reform« erinnert, weiß noch, dass es dabei um ein Sparprogramm und jedenfalls die Verweigerung von Geld-einsatz für die zunehmend nachgefragten und daher studentisch über-

bevölkerten Universitäten (und gleichzeitig die Schulen) ging. Wer die Universität kennt, wusste und weiß, dass eine Ausweitung und Neugründungen so wie in den 1970er Jahren nötig und einzig wirksam wären, um die überstrapazierte Einrichtung zu sanieren. Die Politik verweigerte genau das und versuchte stattdessen, bei stabilen oder möglichst gesenkten Kosten Mehrarbeit unter den weiter verelendeten Bedingungen zu erzwingen. Sie tat das zunächst durch Professorenbeschimpfung, erkannte dann aber schlau, dass es viel wirksamer ist, die Studierenden selbst die benötigten Leistungen einfordern zu lassen, und spielte also die zwei Gruppen gegen einander aus. Die Planer bei Bertelsmann und in Europa, die das alles betriebswirtschaftlich anzugehen versprachen, nützten die Ratlosigkeit der Politik, um eine an den Glaubensartikeln von Markt und Management orientierte Struktur- und dann auch Studien-Reform durchzusetzen.

Zugleich waren der weiland Schröder-Regierung aber die im europäischen Vergleich niedrigen Akademiker-Zahlen zuwider. Das Kunststück von höheren Absolventen-Zahlen bei gleichzeitigem Sparprogramm versprach den in Statistik-Manipulationen ohnehin Erfahrenen die Mogelpackung des BA: Was bisher Vordiplom oder Studienabbruch gewesen war, sollte damit zum ersten akademischen Abschluss gemacht werden. Es entstand eine Reform von oben, ohne Beteiligung und gegen den Willen der Wissenschaftler, geboren aus Sparen, Betriebswirtschaftsreligion, Schwindel und Universitäts-Feindlichkeit und weiter getragen durch europäische Großmannssucht<sup>1</sup> und bürokratischen Vereinheitlichungswahn. Das Sagen hatten die Betriebswirte von Bertelsmanns Centrum für HochschulEntwicklung (CHE) und ihresgleichen, sowie und besonders die sich aufblähenden Wissenschafts- und Universitäts-Verwaltungen. Mit der gut gewählten Bezeichnung »Bologna-Prozess« wurde ein unabwendbarer Vorgang suggeriert. Wer sich diesem »bereits abgefahrenen Zug« entgegenstellen wollte, wurde von Anfang an als Don Quixote verspottet.

Im nächsten Schritt wurde mit der »Exzellenz-Initiative« noch eins draufgesetzt: Nun wurde endlich Geld für die Universitäten ausgegeben, aber gut neoliberal zur Förderung einer Polarisierung in wenige Reiche (»Klein-Harvards«) und viele Arme. Darüber hinaus geschah dies in der

---

<sup>1</sup> Anders sind die dauernden unpassenden Vergleiche der verelendeten deutschen Staats-Universitäten mit den wenigen superreichen Privatuniversitäten der USA, die dort der Oberschicht-Reproduktion dienen und daher gute Bedingungen bieten müssen, nicht zu erklären.

Forschung, die möglichst in Wirtschaftsförderung und zumindest Ansehensmehrung, also PR, resultieren soll, nicht aber in der Lehre, die das Stiefkind und unbearbeitete Problem bleibt, das sie ursprünglich war. Mit den »Exzellenz-Clustern« wurde auch innerhalb der einzelnen Unis die Möglichkeit einer Polarisierung in einige wenige prominente Forschungs-Professuren (»Leuchttürme«) mit reduziertem Lehrdeputat und ein Mittel-feld von gewöhnlichen Lehr-Professuren geschaffen, dazu einen Unterbau von Hochdeputats-Lehrenden, die weder forschen können noch sollen.<sup>2</sup> Zumindest für den BA wird die Verbindung von Forschung und Lehre damit aufgehoben.

Diese aus praktisch nur unsachlichen, externen Motiven und haarsträubender Wissenschafts-Ignoranz bis -Feindschaft resultierende Reform wird die meisten ihrer vielen Ziele nicht erreichen und Bildung wie Wissenschaft schädigen. Was sich als ihr bleibendes Ergebnis abzeichnet, wenn sich der Staub gesetzt haben wird, ist

a) für die Studierenden

- ein neuer Hochschulabschluss (BA), der nicht einmal in der Verwaltung, geschweige denn in der Wirtschaft, noch gar international anerkannt wird, sondern nach dem treffenden Wort eines Universitäts-Präsidenten vielmehr eine »Studienabbruch-Bescheinigung« darstellt,
- eine Verlängerung der durch Stundenpläne und Prüfungen infantili-sierten Phase des Heranwachsenden, und
- eine Verteuerung des Studierens;

---

<sup>2</sup> Am häufigsten verlangen die massenhaft ausgeschriebenen Positionen auf einer halben Stelle BAT II a, jetzt 13 TV-L, befristet auf zwei Jahre, dasselbe Ausmaß an Lehre, das von einer ganzen Professur erwartet wird, nämlich acht bis neun Wochenstunden. Anfangs gab es einzelne solcher Ausschreibungen, die – vermutlich aus gedankenloser alter Gewohnheit – noch hinzusetzten, es werde »Gelegenheit zu selbstbestimmtem wissenschaftlichem Arbeiten« geboten. Doktorat und also eigenständige Erfahrung mit wissenschaftlicher Forschung ist nicht Voraussetzung. Und natürlich werden (auch, und besonders?) hier Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt. (Vgl. die E-Mail-Debatte zu Lehrprofessuren und Lehrkräften für besondere Aufgaben in Heft 3/2007 der SOZIOLOGIE.)

## b) als Folge der Verschulung des Studiums in der »Modularisierung«

- eine Senkung der Aufnahme-Kapazitäten der Hochschulen,
- ein Verzicht auf das Training in Flexibilität und Selbständigkeit in den bisher relativ frei gestaltbaren (geistes- und sozialwissenschaftlichen) Studienrichtungen, das wahrscheinlich das Beste war, was ein Studium bisher an Vorbereitung auf das Berufsleben vermittelte, und
- eine Erschwerung von Universitätswechsel und internationalem Austausch, die davor problemlos möglich waren: die Anrechnung von Modulen zwischen Universitäten ist schwieriger, als es die von einzelnen Scheinen war – die »Credit Points« machen nur die Menge der nachweislich aufgewendeten Zeit vergleichbar, nicht die studierten Inhalte;

## c) für die ProfessorInnen

- die Abschaffung der Selbstverwaltung der Wissenschaft zugunsten einer Präsidial-Diktatur, die »Management« genannt wird, obwohl die Präsidien nach wie vor aus ProfessorInnen bestehen, die aus der Wissenschaft hinaus und in die Hochschul-Politik wechseln wollen und sich durch keinerlei Fähigkeiten auszeichnen müssen, die sie zur Führung eines Großbetriebs qualifizieren würden,
- eine Ausweitung der Verwaltung (inklusive der externalisierten neuen Burekratien der Akkreditierungs- und Evaluations-Agenturen, die aus den Universitäts-Budgets mitfinanziert werden müssen) und ihrer Macht, und
- eine Senkung der Professorengehälter bei höherer Arbeitsbelastung in der Lehre, sowie
- eine Spaltung des Lehrkörpers, wie man die Professorenschaft jetzt durchaus schon nennen kann, in
  - einige wenige Promis (mit verringertem Lehrdeputat),
  - eine mittlere Ebene von Profs, die mit Hilfe von zahllosen Drittmittel-Anträgen darum rangeln, irgendwann vielleicht in die privilegierten Positionen aufzusteigen, und
  - eine billige Hochdeputats-Unterschicht, die in der Lehre aufgeht.
- Nicht vergessen werden sollte schließlich der in erster Linie professorale Arbeitsaufwand, den die »Reform« verschlungen hat und den man an jedem einzelnen Fachbereich auf insgesamt viele hundert Arbeitswochen veranschlagen kann. Diese Kapazität wurde natürlich der Lehre und der Forschung entzogen.

- d) Der Mittelbau, bisher von der Dissertation bis zur Habilitation eine Stütze der Universität und ihrer eigenständigen, innovativen Forschung, kommt bei all dem ohnehin unter die Räder und wird zu dem, was die Verwaltungen schon lange in ihm sehen: in den Unis »Ausstattung« der Professuren, bei der DFG »Sachmittel« der Projekte.

## Vorläufige Fallstudie einer Umstellung

Die Situation in den Sozialwissenschaften in Frankfurt am Main im WS 07/08 bietet eine selten auftretende Bologna-Konstellation: In Politikwissenschaft wurde der BA (und MA) eingeführt, Diplom und Magister für Neuaufnahmen gesperrt, in Soziologie wurden Diplom und Magister beibehalten und BA/MA bisher verweigert. Da die beiden Fächer zumindest im Vordiplom und also auch im BA einigermaßen integriert sind, sich in diesen ersten beiden Jahren also das Fach relativ leicht wechseln lässt (durch den BA wird das erschwert), sind mit Blick auf die Studienfachwahl zwei Entwicklungen erwartbar. Studierende könnten einerseits dem viel strukturierteren BA zuströmen (und damit die befürchtete Orientierungslosigkeit vermeiden, die dem Diplom und Magister immer nachgesagt wurde) – dann müsste die Soziologie Studienanfänger an die Politikwissenschaft verlieren. Sie könnten andererseits dem BA ausweichen – dann müsste der umgekehrte Effekt eintreten. Gewöhnlich werden solche (wenn auch nur indirekten) Wahl-Situationen administrativ verhindert.

Diese Abschätzung ist freilich erschwert durch den NC in beiden Fächern, der allerdings fast nie ausgeschöpft wurde, aber wohl doch zu taktischen Mehrfach-Bewerbungen führt, und damit zu dem kuriosen Effekt, dass trotz mehrfacher Über-Bewerbung die NC-Aufnahmezahlen nicht ausgeschöpft werden, weil schon Zugelassene dann doch nicht kommen. Das alles macht es schwierig, die Zahlen von Bewerbungen wie von Zugelassenen zu interpretieren. Tabelle 1 zeigt zunächst das Gesamttabelleau der Studienanfänger, der Studienplätze und der Bewerbungen in den Wintersemestern von 2003/04 bis 2007/08.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Ich danke Bettina Rösler, der Referentin im Studiendekanat des Fachbereichs, die mir diese Zahlen zur Verfügung gestellt hat.

	WS 2007/08			WS 2006/07			WS 2005/06			WS 2004/05			WS 2003/04		
	Aufnahmen	Plätze	Bewerbungen												
Diplom Pol	0			153	160	423	120	122	347	160	229	316	148	205	231
Magister Pol	0			62	80	277	74	74	281	62	74	329	109	133	223
Bachelor Pol	121	151	644												
MA Pol	2	35													
MA Internat Stud	6	35													
MA Pol Theorie	5	35													
Magister HF Soz	113	135	317	51	100	316	85	99	208	59	82	275	85	110	184
Diplom HF Soz	123	135	416	149	210	425	127	200	245	86	236	251	94	164	199
<b>Summe Hauptfach</b>	<b>427</b>			<b>565</b>			<b>508</b>			<b>596</b>			<b>612</b>		

Tabelle 1:  
 Studienplätze, Bewerbungen und Erstsemester-Aufnahmen in den Hauptfächern Politikwissenschaft und Soziologie  
 am FB Gesellschaftswissenschaften der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main 2003/04 bis 2007/08, Stand 30.10.2007

Am stärksten fällt zunächst die Senkung der verfügbaren Anfänger-Studienplätze zwischen Wintersemester 2006/2007 und 2007/2008 auf: in Politikwissenschaft von 240 auf 151, also auf 63%, in Soziologie von 310 auf 270, also auf 87%. Dass die BA-Kapazitätsrechnung die Zahl der Studienplätze senkt, liegt im Wesen der Sache, dass dabei zugleich die Kapazität im Diplom und Magister Soziologie rechnerisch abgesenkt (und also etwas von der seit vielen Jahren am Fachbereich bestehenden Über-Auslastung reduziert) wurde, ist ein Gewinn an Realismus, der gar nicht leicht, vielleicht als »Mitnahmeeffekt« in der Verwaltung, zu erklären ist.

Die Zahl der Neuaufnahmen in den BA in Politikwissenschaft hat sich aber über diese Kapazitäts-Absenkung hinaus fast halbiert (auf 56% reduziert). Entsprechend ist auch die Auslastung der verfügbaren Politikwissenschaft-Studienplätze von 99% im WS 05/06 über 90% im WS 06/07 auf 80% mit Einführung des BA im WS 07/08 gefallen.

Im Gegensatz dazu ist diese Auslastung in Soziologie (Magister plus Diplom) mit 87% die höchste der letzten fünf Jahre. Besonders hoch ist sie mit 91% im Diplomstudiengang Soziologie, obwohl in absoluten Zahlen die größte Steigerung bei den Magister-Anfängern zu sehen ist. (Dazu, dass die politikwissenschaftlichen MAs sehr in Maßen nachgefragt werden, sollte man zu diesem Zeitpunkt noch gar nichts sagen: Es gibt noch keine »eigenen« Leute, die einen MA wählen könnten, weil der Übergang mit Vordiplom/Magister-Zwischenprüfung administrativ verweigert wird. Die externe Bekanntheit muss sich wohl erst einstellen. Die im Modell unterstellte Mobilität der Studierenden ist bisher mehr Wunsch als Realität.)

Als erster Befund ist also festzuhalten: Der BA ist offenbar ein taugliches Mittel, um zunächst die Kapazität der Universitäten drastisch zu senken. Zusätzlich führt er zu einer geringeren Ausnützung dieser reduzierten Zahl von Studienplätzen. (In absoluten Zahlen: in Politikwissenschaft in Frankfurt von 215 auf 121 Studierende von WS 06/07 auf WS 07/08.) Auch der NC hatte bei seiner Einführung einen ähnlichen Effekt der antizipierten »Abschreckung«, so dass der administrative Zwang gar nicht eingesetzt werden musste.

Dass sich gleichzeitig die Auslastung der verfügbaren Studienplätze (Verhältnis der tatsächlichen Aufnahmen zur Zahl der per NC angebotenen Studienplätze) in Soziologie von 65% auf 87% und im Diplomstudiengang Soziologie von 71% auf 91% erhöht hat, kann sicher nicht nur mit dem Ausweichen der in Politikwissenschaft Abgewiesenen erklärt werden. Vielmehr kann man schon bei den Bewerbungen eine Verschiebung von

Politikwissenschaft zu Soziologie sehen (Tabelle 2). 2003/04 kamen etwa 8 Soziologie- auf 10 Politikwissenschaft-Bewerbungen, 05/06 waren es nur 7, im WS 07/08 sind es dagegen 11,4. Die Zahl der Bewerbungen ist in der Soziologie gegenüber dem Vorjahr in etwa gleich geblieben, in Politikwissenschaft ist sie auf 92% gesunken (Tabelle 3). Gegenüber dem in beiden Fächern niedrigsten Stand von 2003/04 sind Bewerbungen für den Diplomstudiengang Soziologie auf 209%, also auf das Doppelte gestiegen, für Soziologie insgesamt auf 191%, für Politikwissenschaft auf 142%.

	WS 2007/08	WS 2006/07	WS 2005/06	WS 2004/05	WS 2003/04
<u>Soziologie</u>	<u>733</u>	<u>741</u>	<u>453</u>	<u>526</u>	<u>383</u>
Politikwissenschaft	644 =1,14	700 =1,06	626 =0,72	645 =0,82	454 =0,84
<u>Diplom Soziologie</u>	<u>416</u>	<u>425</u>	<u>245</u>	<u>251</u>	<u>199</u>
Politikwissenschaft	644 =0,65	700 =0,61	628 =0,39	645 =0,39	454 =0,44

Tabelle 2:

Verhältnis der Bewerbungen für Soziologie und Politikwissenschaft

am FB Gesellschaftswissenschaften der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main

	WS 2007/08 WS 2003/04	WS 2007/08 WS 2006/07
Diplom Soziologie	<u>416</u> 199 = 209%	<u>416</u> 425 = 98%
Soziologie (Diplom und Magister)	<u>733</u> 383 = 191%	<u>733</u> 744 = 99%
Politikwissenschaft	<u>644</u> 454 = 142%	<u>644</u> 700 = 92%

Tabelle 3:

Entwicklung der Bewerbungen für Soziologie und Politikwissenschaft

am FB Gesellschaftswissenschaften der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main

Bei den tatsächlichen Aufnahmen ist die Soziologie gegenüber dem niedrigsten Stand auf das etwa Eineinhalbfache gestiegen, Politikwissenschaft hingegen ist bei den Aufnahmen auf den niedrigsten Stand gesunken, unter die Hälfte des Höchststandes von 03/04 (s. Tabelle 1). Der Drang zur Politikwissenschaft hat nachgelassen, aber noch weit über dieses Sinken der Nachfrage hinaus wurden die tatsächlichen Zulassungen gedrückt, besonders radikal mit der Einführung des BA.

Das alles erlaubt bestimmt keine eindeutig schlüssigen Aussagen über die Beliebtheit von BA und Diplom- oder Magister-Studiengängen. Aber in aller gebotenen Vorsicht lässt sich sagen, dass die Frankfurter Zahlen jedenfalls nicht für einen besonderen Drang zum BA sprechen. Und sie sprechen für eine sicher nicht nachlassende, eher zunehmende Beliebtheit des Diploms bei den Studierenden – selbst bei den jetzt antretenden Studierenden, die eine Zeit ohne Bologna-Propaganda nicht mehr miterlebt haben.

## Die Ergebnisse der laufenden und die Aufgaben der zukünftigen Reform

Als reines Sparprogramm betrachtet, war die Reform zunächst, so lange von ihr vor allem geredet wurde, durchaus ein Erfolg. Sie hat eine beachtliche »Rationalisierung« der Universitäten gebracht: In den 1990ern und bis heute konnten die Universitäten mit weniger Lehrpersonal mehr als doppelt so viele Studenten »durchschleusen« wie zehn Jahre zuvor. (Es ist bekannt, dass im Dienstleistungsbereich Rationalisierungsgewinne nur möglich sind, indem die Beschäftigten intensiver arbeiten und die Leistungen reduziert – auf »Selbstbedienung« umgestellt – werden.) Wie in anderen Bereichen auch wurden zudem Kosten von den staatlichen Trägern auf die privaten Nutzer überwält. Sobald die Reform aber tatsächlich greift, wird die Kapazitätsreduktion der Universitäten sichtbar, wenn diese nicht mehr mit bis zu 200% Überlast gefahren werden können. Damit ist nicht einmal sicher, dass die Schönong der Akademiker-Statistik gelingen wird. Und der BA wird Berufsmöglichkeiten allenfalls als Billig-Akademiker (der die Akademiker-Preise insgesamt drückt) eröffnen. Wer irgend kann, wird den MA und also das derart verlängerte und nun teure Studium absolvieren wollen.<sup>4</sup>

Soziologen neigen zu dem Denkmodell einer verallgemeinerten Verelendungstheorie, nach dem sich solche Reduktionen von Arbeits- und sonstiger Qualität irgendwann als ungünstig oder sogar unerträglich erweisen werden. Tatsächlich ist damit in den meisten der genannten Bereiche nicht zu rechnen.

---

<sup>4</sup> Der hier programmierte Engpass könnte zu dem explosivsten Widerspruch der BA/MA-Struktur werden: Die Studierenden werden sich vielleicht die künstliche Knappheit und die Abweisungen nicht gefallen lassen.

Um bei den ProfessorInnen zu beginnen:

Die ProfessorInnen haben sich als umfassend anpassungs- und hinnehmbereit erwiesen. Dienstleistungsbetriebe haben es an sich, dass Arbeitsverweigerung ziemlich unmöglich ist, weil die Leistung von den Klienten unmittelbar eingefordert wird. Im Beamtenrecht wäre die einzig legale Leistungsverweigerung Dienst nach Vorschrift, und der ginge auf Kosten all der nicht im Lehrdeputat enthaltenen Besprechungen und Beratungen, die besonders Studierende der höheren Semester in der Betreuung ihrer Abschlussarbeiten bekommen – also der wenigen erfreulichen Kontakte zu ihnen. Im Übrigen ist die einzige Leistung, die ProfessorInnen folgenreich verweigern könnten, die Verweigerung von Prüfungen und der zugehörigen Bestätigungen und Berechtigungsscheine. Das aber würde umgehend von der Verwaltung disziplinarisch und von den Klienten gerichtlich eingeklagt und somit erzwungen. Und schließlich haben sich die einzelkämpferischen, hoch konkurrenten und narzisstischen Persönlichkeiten, die ProfessorInnen sein müssen, um in ihrer Tätigkeit zu reüssieren, noch nie durch besondere Fähigkeiten zu solidarischem Handeln ausgezeichnet. Außerdem traf sich der Zeitpunkt dieser »Reform« sehr günstig mit dem Zeitpunkt, zu dem die in der Reform der 1970er Jahre eingestellten, erfahrenen ProfessorInnen in Pension gingen. In den Jahren der »Reform« wurde etwa die Hälfte des Lehrpersonals ausgewechselt. Die Neuen mussten und müssen, um den Job überhaupt zu bekommen, die neuen Bedingungen akzeptieren.

Unfähige und schwierige Verwaltungen hatten Universitäten immer, auch als Kollegial-Organ. Die Kooperations-Blockaden unter KollegInnen können auch beachtlich sein. In der Selbstverwaltung konnte freilich niemand autoritär auftreten, Präsidenten tun das heute durchaus. Manche pflegen neben einem Mikro-Management durch jetzt mögliche Dauer-Eingriffe in die Entscheidungen der Fachbereiche eine byzantinische Hofhaltung, einen Politikstil des eingeforderten Wohlverhaltens und der demonstrativen Ehrerbietung mit der zugehörigen Vergabe von »Gunst« und Nichtachtung, der für diejenigen, die dreißig Jahre Selbstverwaltung hinter sich haben, gewöhnungsbedürftig ist. Aber wenn es keine andere Möglichkeit gibt, werden in Zukunft die meisten ProfessorInnen so wie höhere Angestellte in der Wirtschaft Intrige und autoritäres Auftreten, Buckeln und fingierte Unterwürfigkeit (vom Volksmund als »Radfahren« ins Bild gesetzt) zu praktizieren lernen.

Für die Qualität der Wissenschaft, die an den Universitäten möglich gemacht wird, ist die »Reform« wahrscheinlich fatal, zumindest in den Sozialwissenschaften. Aber das wird gesellschaftlich nicht auffallen. Der wissenschaftliche »Erfolg«, der neuerdings gemessen wird, und zwar an der Summe der »eingeworbenen Drittmittel« und an Kennziffern für Menge und interne Anschlussfähigkeit von Publikationen, also an der Passform für den Wissenschaftsbetrieb, wird sich trotzdem darstellen lassen. Andere Qualitäten entziehen sich so oder so der bürokratischen Registrierung und Beurteilung, die in Zukunft allein zählt.

Die zukünftige Reform wird hier vielleicht einige Übertreibungen an Verwaltungs- und Präsidial-Macht zurücknehmen (dabei werden auch die Gerichte hilfreich sein können), ansonsten aber den erreichten Zustand der allseitigen Reduktion der ProfessorInnen (mit Ausnahme weniger »Leuchttürme«) konsolidieren.

Damit zu den Studierenden und den Bedingungen des Studiums:

Die Verschulung des Studiums wird gemeinsam mit der Unbrauchbarkeit des BA-Abschlusses dazu führen, dass die ersten Jahre des Studiums als Verlängerung des Gymnasiums und Nachholen dessen, was dort nicht erreicht wurde, fungieren werden. Die eben laufende Einführung von »Hochdeputatsstellen« heißt ohnehin, dass es für diese Phase ein eigenes, dafür abgestelltes Lehrpersonal geben wird. Alle ProfessorInnen werden das mit Handkuss akzeptieren und sich gern auf die höheren Semester spezialisieren. Zugleich wird das Gymnasium um ein Jahr gekürzt. Es wird sich also ein Zustand einspielen, in dem der BA ein Verbindungsglied zwischen Gymnasium und Universität, tatsächlich eine Verlängerung des Gymnasiums ist. Man wird damit auch der Tatsache gerecht, dass man selbst mit dem abgeschlossenen BA auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr erreichen können wird als bis vor kurzem mit dem Abitur.

Aufgabe der nächsten Reform wird es wahrscheinlich sein, den BA auf zwei (statt jetzt gewöhnlich drei) Jahre zu reduzieren. Wenn es faktisch um eine Verlängerung des Gymnasiums geht, dessen letzte Jahre nun an der Universität absolviert werden, wird man sich per Saldo ein Jahr mehr schon leisten können, aber zwei Jahre mehr werden uns übertrieben scheinen. Diese zwei Jahre werden wir in einer eigenen College-Form von der eigentlichen Universität zunehmend abtrennen, besonders durch einen spezialisierten Lehrkörper mit einer gewissen, aber faktisch sehr begrenzten Durchlässigkeit nach oben. Die Universitäts-ProfessorInnen werden

dort gelegentlich vorbeikommen und eine Gast-Vorlesung halten, nicht mehr.

Damit bekommen wir Luft für einen mindestens dreijährigen MA, der wieder zum ersten und eigentlichen Universitäts-Abschluss wird. Möglicherweise wird die nächste Reform ihn wieder auf vier Jahre verlängern, zunächst faktisch, später dann auch geplant.<sup>5</sup> Damit wäre dann einigermaßen der Zustand wiederhergestellt, den wir mit dem gut funktionierenden und jetzt mutwillig zerschlagenen Diplom und Magister schon hatten.

Interessant wird die Frage der durch die modularisierten Studiengänge verringerten Kapazitäten. Soweit man es bisher beobachten kann, ist die Reaktion auf die Einsicht, dass die neuen Berechnungen sichtbar machen, wie sehr wir bisher über Kapazität gearbeitet haben, entweder Hochziehen des NC oder Hinausprüfen im ersten Jahr (oder beides). Manche Studiendekane träumen davon, diese Sichtbarkeit werde die Politik zwingen, neue, zusätzliche Stellen zu finanzieren. Andere (oder dieselben) träumen auch davon, damit würde nur die Zahl der Studienanfänger, nicht die der AbsolventInnen reduziert. Durch die Verschulung (und vermutlich eine erträumt treffsichere Auswahl der BewerberInnen) würden alle, die aufgenommen werden, auch abschließen.

Für die Politiker wäre das die Lösung des Problems, dass wir in den OECD-Statistiken um die Akademiker-Quoten wetteifern, aber gleichzeitig an den Bildungsbudgets sparen möchten. Sie wird nicht zu hundert Prozent so aufgehen, aber vielleicht ist es möglich, den Andrang der Anfänger nicht nur auf andere Universitäten zu verschieben – was derzeit durch einen scharfen NC geschieht –, sondern auch Studierwillige daran zu hindern, es überhaupt an einer Universität oder Fachhochschule zu probieren. Falls darunter tatsächlich viele sind, die unter heutigen Bedingungen vorzeitig aufgegeben hätten, wäre es damit wieder gelungen, Kosten zu privatisieren: Die Zwischenzeit, bis diese jungen Leute den Job finden, der ihnen gefällt, müsste dann nur durch »Jobben« (was viele Studenten genauso tun) überbrückt werden, ohne den Status »StudentIn«, der einige Absicherung und vielleicht sogar nützliche Erfahrung gibt.

---

<sup>5</sup> Denselben Effekt könnte man auch erreichen, indem man den BA verlängert und ihn damit wieder zum Äquivalent des Diploms/Magisters und also zur Einführung in die jeweilige wissenschaftliche Disziplin statt zu einer fiktiven Berufsausbildung macht. Schon aufgrund der Spaltung der Professorenschaft in ein Hochdeputats-Proletariat und eine Niedrigdeputats-Elite ist aber die andere Entwicklung wahrscheinlicher.

Es ist also durchaus wahrscheinlich, dass die Verringerung der Kapazität der Universitäten zwar zu Enttäuschungen (und höheren Lebenshaltungs- und psychischen Kosten) bei den Abgewiesenen, aber durchaus nicht zu irgendwelchen auffälligen »Krisen« führen wird. In diesem Sinn ist die verpatzte Universitätsreform nur eine weitere Facette der Unfähigkeit von Politik, angemessen mit der neuen Situation des Lohnarbeitsmarktes im globalisierten Neoliberalismus umzugehen. Die Gesellschaft wird auch diese Stümperei aushalten und abfedern – was bleibt uns sonst übrig? Die Bevölkerung kann nicht anders streiken als durch Desinteresse an der Politik und ihren Einrichtungen – und das demonstriert sie ohnehin schon zur Genüge.

Die nächste Reform wird sich in den Sozialwissenschaften um einen Neuaufbau des universitären Haupt-Studiums nach Reduktion und Abspaltung des BA und um die Wissenschaft und ihre Infrastruktur kümmern können und müssen. Leicht wird es nicht sein, den Schaden über die Zeit bis zur nächsten Reform gering zu halten. Gefährdet ist vor allem die Identität der wissenschaftlichen Disziplinen, die in »Exzellenz-Cluster« und ausdifferenzierte MAs mit Pseudo-Marktgängigkeit (auch auf dem akademischen »Markt«) zerlegt werden. Gefährdet ist die Qualität der Forschung, die sich auf »beantragungsgerechten« und »begutachtungssicheren« Projekt-Mainstream mit schnell und sicher publizierbaren Ergebnissen zusammendrängen wird. Gefährdet ist die Rest-Solidarität einer Professorenschaft, die zur Konkurrenz angehalten und zum Erlernen einer Politik des Intrigierens gezwungen wird. Gefährdet ist die Verbindung zwischen Forschung und Lehre und damit Wissenschaftlichkeit als das orientierende Zentrum aller Aktivitäten an der Universität.

In der nächsten Reform werden jene Fachbereiche einen Vorteil haben, die es mit der Abschaffung der Magister- und Diplom-Ordnungen nicht ganz so eilig hatten, die jetzt besonders auf die Intaktheit ihrer Disziplin im Studium geachtet haben.

Den Wissenschafts-Verwaltern und -Reformern aber wäre – machiavelistisch – zu raten, als nächste Drehung der Schraube mit der inhaltlichen Vergleichbarkeit von Studiengängen und ihren Modulen zwischen Universitäten und natürlich Ländern und Staaten endlich Ernst zu machen. Bisher hat ja jeder Fachbereich einfach seine eigenen Module erfunden. Nach der Logik des Modul-Denkens ist es aber unerlässlich, hier Einheitlichkeit zu

erzwingen: Ein Modul muss sich überall einsetzen lassen, ohne dass man etwas davon wissen müsste, was in der black box drin ist. Dass das bisher verabsäumt wurde, ist nur daraus zu erklären, dass damit der Widerstand gegen das Umschreiben der Studienordnungen zu groß geworden wäre. Aber jetzt, nachdem sich praktisch alle dem Bologna-Diktat unterworfen haben, ist es Zeit, diese nächste Runde der Reform zu beginnen: Die Vereinheitlichung der Module erfordert eine neue, europaweite Bürokratie mit ungeahnten Möglichkeiten für kleinliche Vorschriften, deren Einhaltung wieder von neuen Behörden überwacht werden muss, dazu erst einmal jahrelange Bemühungen um Musterordnungen mit zahlreichen Konferenzen und sonstiger Reisetätigkeit, Entwürfen, Kompromissen, Übersetzungsproblemen und allem, was sonst noch Europa-Verwaltung schön macht. Niemand wird jetzt noch ein Argument gegen die Umwandlung der Studienordnungen in Lehrpläne von gesamt-europäischer Gültigkeit haben können. Schließlich dient das alles nur der Mobilität der Studierenden und damit der Völkerfreundschaft.

Daran könnte sich als nächster kreativer Schritt die Einführung von europäischen Zentral-Prüfungen und lokal vielleicht die Einrichtung von Prüfungs-Professuren anschließen. Auch dafür wird man unter den vorhandenen ProfessorInnen einige Zustimmung organisieren können, in den Verwaltungen und Präsidien ohnehin.

Wenn wir den Wissenschafts-Verwaltern nicht mit klügeren Initiativen zuvorkommen, die vor allem inhaltlich an den Voraussetzungen für gelebte Wissenschaftlichkeit orientiert sind, wird die nächste Reform der Universitäten etwas von dieser Bürokratie-Erweiterungs-Art sein.